

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pfg.

Verleger: H. G. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitraumber und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Sozialblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burthardtswalde, Grotzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hähndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Loken, Mohorn, Müllig-Koigschen, Manzig, Neutrichen, Reutannenberg, Niederwartha, Oberbernsdorf, Bohrsdorf, Röhrsorf bei Wilsdruff, Roigsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligshausen, Taubenheim, Ufersdorf, Weistropf, Wilsberg.

Druck und Verlag von Arthur Schwanke, Wilsdruff. Für die Redaktion und den amtlichen Teil verantwortlich Hugo Kretsch, für den Inseratenteil: Arthur Schwanke, beide in Wilsdruff.

No. 27.

Sonnabend, den 7. März 1908.

67. Jahrg.

Bekanntmachung.

Einstellung von Dreijährig- und Vierjährig-freiwilligen für die Matrosenartillerie-Abteilung Kiautschou in Tjingtau (China).

Einstellung: Oktober 1908. Ausreise nach Tjingtau: Januar 1909 bezw. 1910. Schiffsreise: Frühjahr 1911 bezw. 1912. Bedingungen: Mindestens 1,67 m groß, kräftig, vor dem 1. Oktober 1889 geboren (jüngere Leute nur bei besonders guter körperlicher Entwicklung).

In Tjingtau wird außer Wohnung und Verpflegung täglich 0,50 Mark Teuerungszulage gewährt.

Meldungen mit genauer Adresse sind unter Beifügung eines Meldebekanntmachens zum freiwilligen Diensttritt auf drei bezw. vier Jahre zu richten an: Kommando der Stammabteilung der Matrosenartillerie Kiautschou, Cuxhaven. 2295

Wegen Reinigung bleiben die Geschäftsräume im hiesigen Rathaus Dienstag, den 10. März d. J. nachm. und Mittwoch, den 11., desselben Monats geschlossen.

Dringliche und landesamtliche Angelegenheiten werden Mittwoch, den 11. März a. c., vormittags von 11—12 Uhr erledigt. Wilsdruff, am 4. März 1908. Der Stadtrat. Kahlenberger.

Aus Stadt und Land.

Wichtigsten aus dem Kreis für die Arbeit nehmen wir jederzeit barbar entgegen.

Wilsdruff, den 6. März.

— In der Stellung und Beschäftigung der Bezirksärzte im Königreich Sachsen nachstehend die kgl. Staatsregierung verschiedene einander abwechslende Veränderungen vorgehen zu lassen. Zunächst soll nach preussischem Muster sämtlichen sächsischen Bezirksärzten die gegenwärtige Ausübung der Privatpraxis vollständig unterlagert werden und ferner soll ihnen auch nicht mehr die Gebühr für amtärztliche Geschäfte zustehen. Diese letztgenannten Gebühren für Untersuchungen, Gutachten usw., die gegenwärtig auf ungefähr 35000 Mark jährlich veranschlagt werden, beabsichtigt man aber nicht einziehen zu lassen, sondern vielmehr der Staatskasse direkt zuzuführen. Als Gegenleistung für alle diese Ausfälle sollen die Bezirksärzte, deren Besoldung von 3000 Mark bis 5400 Mark in Abtätigkeit der Vorhütung, der Bedeutung der Tätigkeit und der ganzen sozialen Stellung dieser Beamten, sowie der Größe der Medizinbezirke in Sachsen und des Umfangs der Dienstleistungen nicht mehr als ausreichend angesehen wird, ein Anfangsgehalt von 4500 Mark und ein Höchstjahresgehalt von 7500 Mark erhalten. Die Erhöhung der Besoldung erfordert jährlich etwa 23000 Mark, die teilweise aus den in Zukunft vom Staat einzuführenden Amtsgebühren gedeckt werden sollen. Die Aufstellungen der Bezirksärzte erfolgen nach dem Dienstaltersstufensystem. Die Neuerungen sollen vom 1. Januar 1909 ab ins Leben treten. Der Bureauaufwand der Bezirksärzte soll eine Erhöhung von jährlich 800 auf 1000 Mark erfahren und schließlich ist noch im Hinblick auf die großen Vorteile des telephonischen Verkehrs der Verwaltungsbehörden und sonstigen Interessenten der Bezirksärzte die Gewährung des Telephonanschlusses derselben auf Staatsunkosten geplant.

— Für und Wider in der Frage der öffentlichen Schulprüfungen. Ueber dieses Thema ist jüngst im Beiratskreiseverein Chemnitz-Land von Herrn Schuldirektor Nöcker aus Neutrichen ein Vortrag gehalten worden, in dem die Gründe für Beibehaltung, aber auch für Abschaffung der öffentlichen Prüfungen abgeleitet wurden. Für die Beibehaltung dieser Einrichtung sprechen: 1. Das Prinzip der Öffentlichkeit, wie es auf allen Gebieten durchgeführt und noch erstrebt wird, soll auch in der Schule zu seinem Rechte kommen. 2. Das wachsende Interesse aller Kreise an der Volksschule und ihrer Erziehung verdient man in nicht geringem Maße den öffentlichen Schulprüfungen. 3. Staat und Kirche bedürfen der Prüfung nicht, aber Eltern, Gemeindeglieder und Lehrer selbst haben ein Recht, Einblick in die Schularbeit zu nehmen. 4. Für die Kinder liegen in den Schulprüfungen wichtige erzieherische Momente, vor allem in der Richtung der Willensbildung. 5. Die öffentlichen Prüfungen setzen die Beachtung eines notwendigen positiven Wissens im Unterrichte voraus im Gegensatz zu neueren Bestrebungen, die ein vorgeschriebenes Maß von Kenntnissen nicht anerkennen wollen. 6. Die Gegnerschaft der Schulprüfungen gründet sich zum größten Teil auf die Dreifachprüfung und auf die falsche Handhabung der Einrichtung. — Für Abschaffung dieser Einrichtung sprechen folgende berechnete Gründe: 1. Für den Lehrer sind die Schulprüfungen infolge seiner Ausbildung und rechtlichen Stellung entbehrlich. Der Staat überzeugt sich durch seine Aufsichtsorgane, ob die Ziele des Unterrichts erreicht werden. 2. Für die Schüler sind sie infolge ihrer Schädlichkeit, als die Prüfungen geeignet sind, Gerechtigkeit und Selbstüberhebung großzuziehen. 3. Auch die Schul-

arbeit leidet unter dem Einflusse der immer näher rückenden Osterprüfung, wenn dem Stoffwissen eine gar zu hervorragende Stellung eingeräumt wird. 4. Die Prüfungen sind ferner geeignet, ein falsches Bild über Schularbeit und Lehrer zu geben. — Nach reifer Debatte nahm die Versammlung zu dieser Angelegenheit Stellung in folgender Resolution: Die öffentlichen Prüfungen sind so lange beizubehalten, als nicht vollwertiger Ersatz für diese geschaffen ist.

— Protest gegen ein Festessen. Ein Protest wurde in einer lässigen Gemeinde vom evangelischen Volksschullehrer erlassen, weil bei der Entfaltung des neuen Pastors ein Festessen in solcher opulenter Weise stattfinden sollte, daß tatsächlich die Beteiligung nur wenigen Gemeindegliedern möglich war. Nicht gegen die Festlichkeit als solche richtete sich der Einspruch, im Gegenteil lag der Wunsch vor, eine größere Beteiligung zu ermöglichen.

— Essentielle Stadtgemeinderatsung am 5. März. Den Vorsitz führt Bürgermeister Kahlenberger. Es fehlt St. B. Schaubert. Eingegangen ist die Genehmigung der Aufsichtsbekanntmachung zu dem städtischen Haushaltsplan für das Jahr 1908 und zur Verwendungs der Sparstufenüberschüsse. Man nimmt davon Kenntnis.

Das Kollegium hatte vor Monaten an die zuständige Stelle eine Eingabe gerichtet, in welcher die Einbeziehung mehrerer Ortsgemeinden an der Peripherie unseres Amtsgerichtsbezirks (Mohorn, Grund, Taubenheim, Ullendorf) in den Amtsgerichtsbezirk angefordert wurde. Der jetzt eingegangene Bescheid lautet ablehnend, nachdem die Gemeinde Mohorn sich gegen eine derartige Umbeziehung ausgesprochen hatte. Man nimmt davon ohne Debatte Kenntnis.

Aus Anlaß des bevorstehenden 500jährigen Bestehens der Universität Leipzig regen ehemalige Besucher derselben die Schaffung einer Konviktsstiftung an. St. B. Tschaschel glaubt, die Eingabe dahin verstehen zu sollen, daß jede Gemeinde ein Konvikt gründen soll. Der Vorsitzende und St. R. Goerne widersprechen dem; letzterer empfiehlt, das Gesuch auf sich beruhen zu lassen.

St. R. Dr. Kronfeld weist darauf hin, daß die Konviktsstiftung den Zweck haben, unbemittelten Bewohnern der Universität das Studium zu erleichtern. Angesichts des überhöhten Andranges zur Universität und angesichts der Tatsache, daß sich ein Proletariat der Akademiker gebildet habe und immer größer werde, habe man keine Veranlassung, durch Gründung solcher Konvikts, aber deren Verteilung sich überließend auch noch ein Wort sagen lassen, das geistige Proletariat noch vermehren zu helfen. Er stelle den Antrag, das Gesuch auf sich beruhen zu lassen. Der Antrag wird einstimmig zum Beschluß erhoben.

Der Kaufpreis für die Magistratsleiter soll abgehandelt werden, nachdem die Abnahme der Leiter durch den Stadtgemeinderat erfolgt ist. — Vor dem Hausgrundstück des Herrn Kaufmann Emil Glathe am Stadtgraben stehen drei Pflaumenbäume, welche den freien Zutritt des Tageslichtes in die Wohnräume des Grundstücks beeinträchtigen. Herr Glathe bittet deshalb um Befreiung der drei Bäume. Der Vorsitzende und St. R. Dinndorf unterstützen das Gesuch, das einstimmig genehmigt wird.

Das Kollegium hatte sich bereits in der letzten Sitzung mit dem Gesuch des Herrn Dekonomen Wäntner um Erteilung der Genehmigung zur Anlage eines Wirtschaftsweges zu seinem Grundstück auf dem von ihm erpachteten städtischen Areal befaßt. Die Angelegenheit wurde den beiden Baudeputationen zur Berichterstattung überwiesen. Die Deputationen schlagen nunmehr vor, das Gesuch zu genehmigen unter der Bedingung, daß Wäntner die Abwässer in geklärtem Zustande mittelst Schleuse abführt. Das Kollegium erhebt den Vorschlag zum Beschluß und genehmigt die Anlage des Weges auf jederzeitigen Widerruf. — Herr Möbelfabrikant

Robert Geißler plant die Errichtung einer Dampfesselanlage mit Maschinenhaus und Schornstein. Die Deputation schlägt vor, das Gesuch befürwortend weiterzugeben unter der Bedingung, daß bei dem Betrieb der Anlage ungewöhnliche Rauch- und Rauchbelästigungen vermieden werden, daß Herr Geißler im gegebenen Falle das zur Regulierung des Geziertes erforderliche Areal kostenlos an die Stadt abzutreten und daß der Gesuchsteller auf Verlangen der Stadtgemeinde am Geziertwege eine massive Mauer aufzuführen hat. St. B. Fröhlich bemerkt, daß mit Rücksicht auf die Nähe der städtischen Schule es sich vielleicht empfiehlt, dem Gesuchsteller den Gebrauch einer Fabrikpfeife zu verbieten (Widerspruch). St. B. Schützenmaier spricht gegen den Wunsch. St. B. Vogner führt aus, in Herrn Geißler verliere das elektrische Werk wiederum einen großen Abnehmer. Offenbar sei eben doch der Dampf billiger als elektrische Energie, sonst würden die Abnehmer bei letzterer bleiben. Vielleicht sinne die Deputation doch auf Mittel und Wege, um die großen Stromabnehmer zu erhalten. Der Vorsitzende erklärt, der Gesuchsteller wolle durch die Dampfanlage in allen Räumen eine gleichmäßige Wärme haben, das sei der Beweggrund zu der Änderung. St. B. Schützenmaier schließt sich dem an; in solchen Fällen werde auch eine Preisreduzierung ohne Einfluß auf die Entschädigungen der Abnehmer bleiben. Sie brauchten eben Wärme, die mit der elektrischen Energie nicht zu schaffen sei. St. B. Ischode empfiehlt, in solchen Fällen, die eine Ausdehnung der heimischen Industrie bedeuten, so wenig Bedingungen wie möglich zu stellen. Das Kollegium habe erst in letzter Sitzung eine Deputation zur Debatte der Industrie gewählt, da müßte es merkwürdig aussehen, wenn man den Gesuchstellern allerlei erschwere Bedingungen auflege. Bezüglich des Mietpreises stehe er auf dem Standpunkt Schützenmaiers. St. B. Ranft widerspricht der Behauptung, daß der Bedarf an Wärme für Herrn Geißler verhältnismäßig gewesen sei. Herr Geißler baue die Dampfesselanlage, weil ihm eben der elektrische Strom zu teuer sei. Das Gesuch wird einstimmig nach den Vorschlägen der Deputation befürwortend weitergegeben. — Der Aufbau der Buden zum Jahrmärkte erfolgte bisher durch die Firma Berthold & Burthardt und zwar auf eigene Rechnung derselben. Die Firma hat mitgeteilt, daß sie die Arbeiten bisher mit Verlust ausgeführt hat, da seit der Festlegung der Säge die Löhne und die Preise der Materialien wesentlich gestiegen seien. Die Marktdeputation hat sich bereits mit der Angelegenheit befaßt und schlägt vor, die Arbeiten künftig auf Rechnung der Stadt vorzunehmen, die Gebühren für das Budenaufbauen und für das Standgeld zum Teil zu erhöhen und die Firma Berthold & Burthardt für das Aufbauen der Buden nach festgelegten Einheitsätzen zu entschädigen. Die Einnahmen der Firma betragen bisher pro Jahrmärkte 70—80 Mark; ihre Ausgaben berechnet sie um etwa 15 Mark höher. St. B. Schützenmaier gibt Aufschluß über die bisherige Handhabung der Angelegenheit. St. B. Ranft hält es für zweckmäßig, daß die Fixanten veranlaßt werden, das Stände- und Budengeld mit der Kamelung einzuführen, damit die Stadt nicht die Kosten für den Budenbau hat, während die Fixanten, wie das oft vorkomme, den Markt nicht besuchten. Bürgermeister Kahlenberger bemerkt, das sei wohl unzulässig. Durch solche Härten werde man den Jahrmärkte allerdings nicht in die Höhe bringen. St. B. Dinndorf verbietet sich über das Gesuch und legt der Jahrmärkte. St. B. Fischer wünscht, wie St. B. Ranft, daß die Fixanten die Gebühren vorher einzuführen haben. St. B. Fröhlich empfiehlt, nicht so rigoros vorzugehen. Zur gleichen Sinne